Erklärung zu der aktuellen Lage in Gaza

Die von der Regierung Netanjahu angeleitete israelische Armee verstößt mit ihrem Vorgehen in Gaza fortlaufend gegen das humanitäre Völkerrecht.
Der Verdacht erhärtet sich, dass die rechtsgerichtete Regierung Netanjahu offensichtlich die Zivilbevölkerung in Gaza aushungern, in Teilen des Landes zusammentreiben bzw. die Menschen dort vertreiben möchte.
Die Verbrechen der Hamas und das Selbstverteidigungsrecht Israels legitimieren ein derartiges erbarmungsloses, völkerrechtswidriges Vorgehen nicht.
Es ist die Verpflichtung der Europäischen Union, und mithin auch der Bundesregierung, Verantwortung zum Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza zu übernehmen.
Es braucht dringend und umgehend eine gesicherte humanitäre Versorgung der Bevölkerung in Gaza.
Es braucht die Freilassung aller Geiseln.
Allgemeine Mahnungen an die Adresse der israelischen Regierung haben aber offenbar bisher keinen Erfolg gezeigt.
Deshalb sollten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, wie dies bisher bereits Spanien und Irland getan haben, Palästina als eigenen Staat anerkennen und damit ein klares Signal setzen.
Und es muss deutlich werden: Waffen, die das Vorgehen der israelischen Armee in Gaza unterstützen, dürfen nicht geliefert werden.

Heidemarie-Wieczorek-Zeul
Peter Brandt
Daniela Dahn
Rainer Land
Hans Misselwitz
Götz Neuneck